

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expeditionsbüro: Dresdner Bahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 692 / Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamezeile anschließend an den dreifachen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Anzeigen-Entnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 1. Februar 1928 Nummer 27

## Reformistische Offensive gegen Kommunisten

### Im Namen der großen Koalition . . .

In Mitteldeutschland kreisen die Metallarbeiter. Die Kommunisten in den Gewerkschaften erklären, daß man der konzentrierten Kraft der Bourgeoisie die konzentrierte Kraft der Arbeiterklasse gegenüberstellen muß. Sie schlagen vor, die Metallarbeiter des Rheinwerkes, die einem Sondertarif unterliegen, gemeinsam mit ihren übrigen Kollegen in den Kampf zu führen — so wie die Chemikanten sich auch nicht genieren werden, den ausserordentlichen Metallindustriellen Unterstützung zu gewähren. Die Kommunisten schlagen vor, den Ablauf von Tarifverträgen anderer Arbeiterkategorien zur Vorbereitung der Kampffront vorzunehmen, sie schlagen vor, alle Kräfte der übrigen Arbeiterklasse anzuspannen, um den kämpfenden Metallarbeitern zum mindesten finanzielle Hilfe zu gewähren und so auch den rückständigsten und schwächsten Teilen der Kampffront den Rücken zu stärken, einem Abbröckeln des Streikes von allem Anfang an vorzubeugen. Und deshalb beantragen die Kommunisten die Veranstaltung von Sammlungen bei der übrigen Arbeiterklasse, die Einstellung der Kampfvereine auf Unterstützung ihrer streikenden oder ausserpartei Mitglieder, die Ausnutzung der Positionen, die die Arbeiterklasse in einigen Stadtparlamenten besitzt, um auch dort Mittel zur Unterstützung der Streikenden aufzutreiben.

#### Was tut in dieser Lage die Sozialdemokratie?

Sie tut eine Vorbereitung der Kämpfe aus taktischen „Gründen“ ab, die sie jeden größeren Kampf möglichst früh und unter möglichst geringer Störung des „Wirtschaftslebens“ zu Ende bringen will. — davon sind wir nachgerade gewohnt, das ist für uns nichts weniger als neu. Aber wir werden gewohnt, die sozialdemokratischen Gewerkschaften diese ihre Politik mit allerlei taktischen „Gründen“ verteidigen zu sehen — wie haben sie wenigstens den Versuch gemacht, der Arbeiterklasse nachzuweisen, warum die kommunistische Taktik „unpraktisch“, „praktisch undurchführbar“ sei — und warum bei taktischen reformistischen Methoden mehr herauskäme. Jetzt sehen wir etwas Neues. Die Sozialdemokratie geht aus der Defensive zur Offensive über; sie läßt nicht nachzuweisen, warum unsere Taktik falsch sei —

#### Es entfaltet eine breite Hege unter der Parole: „Bernichtet die Kommunisten!“

Niemand hat in gewerkschaftlichen Dingen etwas zu sagen außer der reformistischen Bürokratie. Kämpfe zu verbreitern, die „Wahnsinn und Putschismus“ — denn es bedeutet eine „Unterstützung“ in die Angelegenheiten jener Arbeiter, die zur Unterstützung der kämpfenden Gruppen aufgerufen werden. Reicht die Verbandskraft nicht aus, um genügende Streikunterstützung zu haben, so wird sich die Solidarität der Arbeiterklasse in einer gewissen Unterstützung durch den ADGB erweisen — und im übrigen entspricht es den „altbewährten gewerkschaftlichen Methoden“, einen Kampf durch Kompromiß zu beenden, wenn die Gelder sich dem Ende zuneigen. Die Solidarität anderer Arbeitergruppen um finanzielle Unterstützung anzurufen, ist „verächtliche Betrügerei“ — und in erhöhtem Maße gilt dies, wenn man etwa in Stadtparlamenten Anträge auf Geldgewährung für die Streikenden stellt (obwohl niemand den Versuch macht, etwa die bürgerlichen Parteien zur Abstimmung für diese Anträge zu veranlassen). Aber eine Arbeitergruppe, die etwas auf sich hält, verzichtet auf Hilfe von außen und gibt sich mit dem zufrieden, was sie aus eigener Kraft erreichen kann.“ Die Kommunisten, die etwas anderes vorschlagen, sind „Schädlinge der Arbeiterklasse“ und müssen ausgeschaltet werden, damit man gewerkschaftliche Kämpfe nach bewährtem Muster führen kann — das sagen nicht nur die offiziellen Gewerkschaftsführer, sondern z. B. auch die „linke“ Leipziger Volkszeitung.

Was die Sozialdemokratie redet wie „linke“ Schattierung zu ihrer Generallinie gemacht hat, ist ein offener Angriff nicht bloß auf die Kommunisten, sondern auf alle Begriffe proletarischer Solidarität und geschlossenen Klassenkampfes. Man bekämpft die Kommunisten, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, man appelliert an Berufsneid und Kostenstolz der einzelnen Arbeitergruppen, sich doch nicht von *W u h e n s t e h e n d e n* in ihre Angelegenheiten hineinreden zu lassen und auch keine Hilfe „Außenstehender“ — nämlich anderer Arbeiter — anzunehmen. Aber die Partei, die eine Hege gegen die von den Kommunisten eingeleiteten Solidaritätsaktionen entfaltet, kann es wagen, öffentlich ihre Mitglieder und ihre „Sympathisierenden“ finanziell zu unterstützen; die Annahme dieser Unterstützung widerspricht nicht dem gewerkschaftlichen Stolz — denn das Geld kommt ja von einer, der „bewährten Führung“ nachstehenden Seite. Es ist der Geist des Samuel Gompers, der höchsten und korruptesten amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie, der hier umgibt: der Geist, der an eine einzelne Arbeiterklasse appelliert, ihre „Standrede“ gegen die übrigen Klassen genossen aufzuklären, sie mit Geld kaufen will, — um sie desto fester an die Bourgeoisie zu ketten.

Und dieser Geist geht nicht etwa nur in Mitteldeutschland um. In einer Berliner Textilfabrik führten unorganisierte Arbeiterinnen wochenlang einen heldenmütigen Kampf, der vor-

loren ging, weil die Gewerkschaftsbürokratie sich weigerte, den Kampf zu unterstützen. Am Ende des Kampfes beschließen die Streikenden, einen Teil des Restes der für sie gesammelten Gelder dazu zu verwenden, sich gewerkschaftlich organisieren zu können, damit sie in Zukunft solchen Kämpfen besser gestützt gegenüberstehen. 700 neue Mitglieder bekommt auf diese Weise die Gewerkschaft — aber die Sozialdemokratie und die ganze offizielle Gewerkschaftspropaganda beschimpfen die Kommunisten, weil sie den streikenden Frauen diesen Rat gaben, beschimpfen auch die neuen Gewerkschaftsmitglieder, weil sie sich von den Kommunisten für die Gewerkschaft anwerben ließen. Wären sie doch lieber draußen geblieben — was haben diese Weiber im Verbandsbüro gesucht! — und es gibt Hunderttausende von deutschen Arbeitern, die die Subskriptionslisten, in denen in solcher Weise dem proletarischen Klassengeist ins Gesicht gespuht wird — die das alles womöglich noch für richtig halten! Es gibt Hunderttausende von Gewerkschaftlern, die zustimmen, wenn kommunistische Funktionäre aus den Verbänden ausgeschlossen werden, weil sie kämpfende Arbeiter unterstützen, die zu veraten die „bewährten Gewerkschaftsführer“ für gut fanden — während die streikbrecherischen Führer des „Verbandes der Maschinen- und Feiler“ dem „Reformistischen Staats- und Gemeindefunktionäre“ offen in den Rücken fallen durften, ohne auch nur eine Klage der Gewerkschaftskommission zu erhalten. Ja — sie haben eben auf die Interessen „ihres Berufes“ gesehen — und der ist das höchste!

#### Wozu entfaltet die Sozialdemokratie diese Offensive in diesem Moment?

Im Gebäude des Bürgerblocks gibt's Theaterdonner — die Wahlen stehen bevor, jede der Regierungsparteien sucht auf ihre Weise eine „zugkräftige“ Wahlparole zu liefern. Die Zentrumspartei rebellieren offen, beginnen sich von ihrer bürgerlichen Führung loszulösen, die Zentrumsführung überlegt, ob es nicht zwangsläufig wäre, sich wieder eine Weile lang „links“ zu drapieren, um die Massen irgendwo bei sich zu halten. Und was tut in diesem Augenblick die Sozialdemokratie? Sucht sie das, was fällt zu stehen, halt sie zum Schlage aus, der das Zentrum, den Rückhalt der Reaktion als Massenpartei unschädlich machen kann? Mobilisiert sie die Massen der von den bürgerlichen Parteien korrupten Kleinbürger durch Entfaltung der bürgerlichen Korruptionswirtschaft — führt sie die Massen der Arbeiter in wirtschaftliche Kämpfe, damit die christlichen Arbeiter Seite an Seite mit ihren gewerkschaftlichen Kollegen kämpfen, sehen, daß diese ihre natürlichen Freunde und die Junker und Schlotbarone im Zentrum ihre natürlichen Feinde sind? Nichts dergleichen — die Sozialdemokratie wäre nicht Sozialdemokratie, wenn sie das täte. Dies würde nur eine Erschwerung künftiger Koalitionen sein, eine Zuspaltung aller Klassenkämpfe in Deutschland bedeuten — wie

kann man an so etwas auch nur denken! Rufen wir die inneren Schwierigkeiten des Bürgerblocks und der Zentrumspartei aus, um

#### wieder in die Koalition

zu kommen, benutzen wir die empörten christlichen Arbeiter als Sturmhaufen, um die Papen und Thossen zu veranlassen, uns einige Ministerstellen einzuräumen — das ist der Sinn der Politik der Reformisten. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter rebellieren werden, so wie es heute die Zentrumspartei tun — was dann? Die Antwort der Sozialdemokratie ist einfach: packen wir die Arbeiterklasse, heben wir die einzelnen Berufe gegeneinander, die gelerntsten gegen die ungelerten Arbeiter, die Männer gegen die Frauen — heben wir alle Arbeiter, die noch an eine Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft glauben, gegen die Kommunisten, die uns bedrohen, die unseren Verrat in der Regierung enthüllen werden. Kaufen wir einen Teil der Arbeiterschaft für den Dienst der Bourgeoisie — so, wie es unsere amerikanischen Vorbilder getan haben — und heben wir diesen Teil gegen die anderen Proleten, damit sie uns den Segen dazu geben, wenn wir gemeinsam mit unseren Koalitionsfreunden den Widerstand dieser breiten Massen gegen die verstärkte Ausbeutung, gegen die Politik des Finanzkapitals mit der Hungerpolitik und mit blauen Bohnen erstickten. Die Gewerkschaften sind die Organe des „gehobenen“ Strebens der gehobenen Arbeiterklassen nach möglichst großen Brocken vom Tische der Bourgeoisie — hinaus aus ihnen mit denen, die gegen die Bourgeoisie kämpfen! Wer gegen die „Wirtschaft“ kämpft, ist ein Feind der Arbeiterschaft!

Das ist der Sinn der neuen reformistischen Offensive gegen den Kommunismus. Vor den Wahlen wollen sie der Bourgeoisie beweisen, daß sie ihre besten und zuverlässigsten Knechte sind.

Dies muß der Arbeiterschaft klar und offen gesagt werden, damit sie instandgesetzt wird, sich gegen dieses antikommunistische Gift immun zu machen, das sie schwächen und aktionsunfähig machen soll im Kampf um die Existenz ihrer Klasse gegen die Bourgeoisie. Klar und offen muß es allen gesagt werden: Wer heute, hat Kampf gegen Bourgeoisie und die Pest antisozialistischer „Geistes“ in den Klassenorganisationen Hege gegen die Kommunisten treibt, ist nichts anderes als ein Handlanger und Mithrasjunge der Kapitalisten und ihres Staates. Die Kommunisten beweisen im täglichen Kleinkampf und in den großen politischen Auseinandersetzungen, daß sie treu zu ihrer Klasse stehen, daß sie nicht die Vertreter einer besonderen „gehobenen“ Schicht innerhalb der Arbeiterschaft, sondern die Vertreter der Interessen der gesamten Klasse sind. Mögen die reformistischen Heher mit Gompers' „Ideen“ ihren Kampf führen, die Kommunisten wissen, daß ihr Lehmeister ist und bleiben wird Karl Marx, und daß sie unter dem Banner des Marxismus auch über das reformistische Renegatentum triumphieren werden. Je eher dies die Arbeiterklasse erkennt, desto weniger Opfer wird der Weg zu ihrer endgültigen Befreiung fordern.

## Von der SPD bis zu den Deutschnationalen, alles einig mit Stresemann

Die große Koalition des deutschen Imperialismus

Es gibt wieder einmal „keine Parteien mehr“ in Deutschland. Von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen sind alle einig, daß Herr Stresemann im Reichstag eine ausgezeichnete Rede für den deutschen Imperialismus gehalten hat. Von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen unterstützen alle Parteien den Bürgerblock, daß Herr Stresemann diesmal das Richtige getroffen hat. Während sich aber die Deutschnationalen damit begnügen, festzustellen, daß Herr Stresemann „Worte und Sätze gefunden habe, die wir uns um so eher zu eigen machen können, als sie und nichts anderes in dieser Sache seit Jahren von uns geschrieben worden sind“ (Lokalanzeiger) oder wie die Kreuzzeitung sagt, Stresemann habe sich den von ihr immer vertretenen Standpunkt zu eigen gemacht, man könne ihm voll und ganz zustimmen im Kernstück seiner Rede, bemühen sich die demokratischen und die sozialdemokratischen Schwindler zu beweisen, daß Stresemann loszulagen einen entscheidenden Aufbruch nach links gemacht und mit den „unmöglichen“ Deutschnationalen einmal gründlich abgerechnet habe. Das Tagblatt z. B. erzählt seinen Lesern, Stresemann habe „anders als Marx, ohne von der Bundesgenossenschaft mit rechts injiziert zu sein, genau so gesprochen, wie er als Minister einer großen Koalition oder einer Weimarer Koalition gesprochen hätte, man habe den Eindruck, daß er in seiner Rede das Ergebnis der kommenden Neuwahlen schon einsehend vorwegnimmt. Noch etwas weiter links begrüßt die Berliner Volkszeitung die Stresemannrede als Anzeichen der

„Auflösung der jetzigen Koalition“, und der Vorwärts erzählt seinen Lesern den gleichen Schwindel mit etwas anderen Worten, wenn er sagt: „Die Rede Stresemanns bot im ganzen keinen Anlaß zu einer Attitude von links . . . der Minister des Auswärtigen beschwert sich in öffentlicher Reichstagsrede über das Verhalten eines integrierenden Bestandteiles der Regierungskoalition. Der Sozialdemokrat verpflichtet ihm bei.“

Welche Bewandnis es mit der Unfsheit des Herrn Stresemann hat, das kann man am besten in seiner eigenen Zeitung, in der Täglichen Rundschau nachlesen: „In den Kreisen der Linksparteien hat man versucht, einige Stellen der Rede des Außenministers gegen die Rechte auszudeuten.“ Das sei aber daneben gehauen. Herr Stresemann hätte lediglich eine durchaus berechtigte Berührung gegen gewisse Übergriffe von Landbundkreisen in der Handelsvertragspolitik gemacht, der Politik, die auch von den deutschnationalen Ministern gebilligt werde.“ Und damit überhaupt kein Zweifel bestehen kann, wie Herr Stresemann den Rest gewaschen hat, ohne ihn nah zu machen, sagt die Tägliche Rundschau hinzu: „Darin liegt ganz gewiß keine Spitze gegen die Koalition.“ Wenn Stresemann bemerkte, der bisherige Weg der deutschen Außenpolitik wird weiter verfolgt werden, so liegt darin die beste Zurückweisung (des Schwindels der Unfsbürgerlichen Fraktionen!), denn die Stetigkeit der deutschen Außenpolitik wird nicht nur vom Außenminister allein.